

# Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

## und Anzeiger

Erscheint jeden Wochentag nachmittags. — Fernsprecher Nr. 11 und 28. — Postfachkonto Leipzig 23464. — Bankkonten: Stadtbank (Konto 2314), Dresdner Bank Zweigstellen Hohenstein-Ernstthal, Commerz- und Privat-Bank Zweigstelle Hohenstein-Ernstthal. — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. — Einblendungen ohne Namensnennung finden keine Aufnahme.

Bei Klagen, Konturufen, Vergleichen usw. wird der Bruttobetrag in Rechnung gestellt. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger Störung des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Erfüllungsort und Gerichtsstand: Hohenstein-Ernstthal.

Hohenstein-Ernstthaler Zeitung, Nachrichten und Neueste Nachrichten

Generalanzeiger für Hohenstein-Ernstthal mit Güttengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Bernsdorf, Bernsdorf, Rilsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Langenchursdorf, Reichensbach, Callenberg, Grumbach, Tirschnapp, St. Egidien, Wilsenbrand, Grilma, Mittelbach, Arsprung, Kirchberg, Erlbach, Pleißa und Ruxdorf.



Dieses Blatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Stadtrats befähigter bestimmtes Blatt. Außerdem veröffentlicht es die Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Finanzamts Hohenstein-Ernstthal sowie der Behörden der umliegenden Ortsgemeinden.

Druck und Verlag von Dr. Alban Frisch.

Nr. 174

Die 46 mm breite Millimeterzeile kostet im Anzeigenzeit 8 Pfa., die 78 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenzeit 21 Pfa. Nachzahlung A. Nachweis 25 Reichspfennige.

Sonnabend, den 28. Juli 1934

Bezugspreis halbjährlich 85 Reichspfennige einschließlich Frachtkosten.

84. Jahrg.

### Darstellung der Wiener Vorgänge

## Eine Erklärung des Gesandten Dr. Rieth

„Ich habe nicht als bevollmächtigter Gesandter, sondern als Mensch gehandelt!“

### Oesterreichische Flüchtlinge an der deutschen Grenze verhaftet

Berlin, 27. Juli

Zu den Vorgängen in Wien gibt der nach Deutschland zurückgekehrte bisherige deutsche Gesandte in Wien, Dr. Rieth, folgende authentische Erklärung ab:

Es sind über meine Intentionen bei den Ereignissen, die sich im Bundeskanzleramt in Wien abgespielt haben, im Österreich und im übrigen Ausland so verschiedenartige Meldungen sowie Vermutungen über meine diesbezüglichen Beweggründe geäußert worden, daß ich mich veranlaßt sehe, rein sachlich die Ereignisse darzustellen, wie sie sich tatsächlich abgespielt haben.

Wie bekannt, hatte die in das Bundeskanzleramt eingebrachte Truppe, nachdem Herr Dollfuß verwundet worden war und drei weitere Mitglieder der Regierung sowie etwa 150 Beamte gefangen gehalten wurden, gedroht, daß diese Gefangenen erschossen würden, wenn die das Gebäude umlagernden Truppen und Schutzkorpsmannschaften daselbst angreifen sollten. Nach mehreren Stunden, während derer von Regierungsseite mit der eingebrachten Truppe verhandelt worden war, stellte Minister Neustädter-Stürmer, der den Befehl außerhalb des Gebäudes führte, ein kurzfristiges Ultimatum, nach dessen Ablauf der Angriff auf das Bundeskanzleramt erfolgen würde.

Knapp vor Ablauf dieser Frist wurde ich aus dem Bundeskanzleramt von dem Befehlshaber der eingebrachten Truppe, der sich als Hauptmann Friedrich vorstellte, telefonisch angerufen. Er teilte mir mit, daß eine Vereinbarung mit den Regierungsvertretern abgeschlossen worden sei, laut der, um keine Menschenleben mehr zu opfern, die gesamte Truppe, der die österreichische Staatsangehörigkeit bereits abstrahiert worden sei, mit zugesicherten, freien Geleit, unter militärischer Bedeckung aus Österreich abtransportiert und an eine Grenze gebracht werden müsse, für die sie die deutsche gewählt hätte. Friedrich fügte hinzu, daß die Ausführung des Abkommens noch deswegen unmöglich sei, weil keine Leute fürchteten, auf der Fahrt oder vorher niedergemacht zu werden. Infolgedessen bat mich Friedrich, daß ich mir die Zusage des freien Geleits für den Abtransport von dem zuständigen Minister bestätigen ließe.

Ich habe dies zunächst nicht zugelassen und erklärt, daß ich mit den gesamten Vorfällen nicht das Geringste zu tun habe und mich nicht damit befassen könne. Darauf bestätigte Herr Rieth, einer der im Bundeskanzleramt gefangen gehaltenen Minister, mir telefonisch die getroffene Abmachung und wiederholte seinerseits die bereits von Friedrich vorgebrachte Bitte, daß ich sofort vor das Bundeskanzleramt kommen und mir die von dem dort Befehl führenden Minister Neustädter-Stürmer getroffene Abmachung bestätigen lasse, weil hierdurch die Durchführung derselben abhängt.

Da bis zum Ablauf des gestellten Ultimatums nur noch wenige Minuten übrig blieben und nach den mir übereinstimmend abgegebenen Erklärungen eine friedliche Lösung nur möglich sei, wenn ich dem an mich gerichteten Ersuchen stattgäbe, habe ich Minister Neustädter-Stürmer aufgesucht. Zu Beginn dieser Unterredung teilte mir dieser mit, daß Herr Dollfuß tot sei. Sodann bestätigte der Minister mir den Inhalt der

getroffenen Vereinbarung und das zugesicherte freie Geleit für die gesamte im Gebäude befindliche bewaffnete Truppe. Die gleiche Bestätigung erhielt ich von dem ebenfalls anwesenden Minister Fey.

Ich habe hierzu keinerlei Zustimmung oder sonstige Erklärung gegeben, jedoch betont, daß, wenn ich diese Mitteilung aus den erwähnten Gründen entgegennehme, ich dies nur persönlich tue.

Der noch in dem belagerten Gebäude eingeschlossene Staatssekretär Karwinsky ließ mich daraufhin zu einer Unterredung am Fenster dieses Gebäudes bitten. Herr Minister Neustädter-Stürmer, den ich um seine Stellungnahme hierzu befragte, erwiderte, er wolle dazu nicht Stellung nehmen und dies meinem Ermessen überlassen. Darauf habe ich die Unterredung abgelehnt.

Als ich im Begriff war, mein Auto zur Wegfahrt zu besteigen, wurde ich von herbeieilenden Polizeioffizieren dringend ersucht, noch zu verweilen, weil Herr Staatssekretär Karwinsky selbst aus dem Gebäude zu mir heraustratete. Dieser schritt eilig auf mich zu und bat mich, mit ihm und dem ebenfalls hinzugekommenen Minister Fey zu einem Tor des Bundeskanzleramtes zu gehen, um Hauptmann Friedrich mitzuteilen, daß die Minister mir das Abkommen bestätigt hätten. In der Begleitung der beiden Minister begab ich mich dorthin und teilte dieses dem in einem Torpaß sichtbar werdenden Hauptmann Friedrich mit, worauf ich den Platz verließ. Aus dieser Schilderung der stattgefundenen Vorgänge geht zunächst hervor, daß ich nicht, wie behauptet worden ist, eine Vermittlungsaktion eingeleitet oder mich daran beteiligt habe, sondern daß ich lediglich die Mitteilung einer be-

reits stattgefundenen Vereinbarung gewissermaßen als Zeuge entgegengenommen habe, ohne mich dazu zu äußern. Es erhellt ferner, daß ich auch nicht auf Veranlassung der in das Bundeskanzleramt eingedrungenen Truppe gehandelt habe, sondern daß ich nur im Einvernehmen mit dem mir zum Ausdruck gebrachten Wunsch österreichischer Regierungsmitglieder vorgegangen bin.

Es ist schließlich klar — dies betone ich besonders —, daß ich mich zu dem beschriebenen Schritt nur entschlossen habe, um noch in letzter Minute, als der militärische Angriff auf das Gebäude des Bundeskanzleramtes beginnen sollte, dazu beizutragen, das dann unvermeidliche Blutvergießen, nicht zum mindesten unter den zahlreich im Gebäude gefangenen österreichischen Ministern und Beamten, zu verhindern.

Alle weiteren Kombinationen politischer Art, die an den von mir unternommenen Schritt geknüpft worden sind, werden auch durch die insolge obiger Darstellung sinnfällig zutage tretende Tatsache hinfällig, daß — wie ich dies immer wieder betont habe — ich nicht als bevollmächtigter Gesandter, sondern nur als Mensch gehandelt habe, der geglaubt hat, dazu beitragen zu müssen, vielleicht zahlreiche Menschenleben zu retten, als er darum gebeten wurde, wie dies übrigens auch — wie mir erst nachträglich bekannt wurde — dem letzten Wunsch entsprach, den Bundeskanzler Dr. Dollfuß vor seinem Hinscheiden zum Ausdruck brachte. Infolgedessen trage ich auch allein die Verantwortung für das, was ich getan habe. Ich stelle auch fest, daß die Erklärungen der drei Regierungsmitglieder über das freie Geleit mir gegenüber abgegeben wurden, nachdem sie mir bereits das Hinscheiden des Bundeskanzlers Dollfuß mitgeteilt hatten, daß also diese Zusage in voller Kenntnis dieses traurigen Ereignisses gegeben worden ist.

Berlin, 25. Juli 1934.

Rieth.

\* Passau, 27. Juli

Aus der Gegend von Kollerbach versuchten österreichische Flüchtlinge die deutsche Grenze zu erreichen. Hierbei entwickelte sich eine Schießerei mit schwer bewaffneten Heimwehrhaufen. Acht Flüchtlinge erreichten, teilweise verwundet, die deutsche Grenze, wobei sie drei österreichische Zollbeamte, die sich ihnen in den Weg stellten, überwältigten und sie über die Grenze schleppten.

Die deutsche Grenzpolizei erschien sofort an Ort und Stelle und verhaftete die österreichischen Flüchtlinge. Die österreichischen Beamten wurden den österreichischen Grenzbehörden übergeben.

### Verdöhnungsschritt zur Entspannung der Lage

## Die Mission des Bizekanzlers von Papen

Eine österreichische Erklärung — Die Auslandspresse zu seiner Ernennung zum Gesandten in Wien

Berlin, 27. Juli

Amlich wird mitgeteilt: Im Anschluß an das von dem Herrn Reichskanzler an den Bizekanzler von Papen gerichtete Schreiben vom 26. Juli 1934 hat sich der Herr Reichspräsident einverstanden erklärt, den Bizekanzler von seinem Amt als Stellvertreter des Reichskanzlers und als Saarbrennsträger zu entbinden, um ihn mit der vom Reichskanzler vorgeschlagenen wichtigen Aufgabe eines Gesandten in befristeter Sondermission in Wien zu betrauen. Das Agreement für Herrn von Papen wurde heute in Wien nachgesucht.

Wien, 27. Juli

Zu den in ausländischen journalistischen Kreisen geüßentlich verbreiteten Gerüchten, daß die österreichische Regierung zwar der Ernennung des Bizekanzlers von Papen zum deutschen Gesandten in Wien ihre Zustimmung erteile, jedoch hieran den Wunsch nach gewissen Sicherheiten knüpfen werde, wird dem Deutschen Nachrichtenbüro von offizieller Seite erklärt, daß bisher bei der österreichischen Regierung der übliche diplomatische Antrag der deutschen Regierung auf Gewährung des Agreements noch nicht eingegangen sei und daß daher selbstverständlich für die österreichische Regierung keinerlei Möglichkeit vorliege, zu dem Plan der Entsendung des Bizekanzlers von Papen nach Wien Stellung zu nehmen. Die österreichische Regierung hat daher bisher noch keine Erklärung in irgendeiner Richtung abgegeben. Die Regierung hat lediglich von dem durch das Deutsche Nachrichtenbüro verbreiteten Schreiben des deutschen Reichskanzlers an Bizekanzler von Papen mit großer Genugtuung Kenntnis genommen.

Rom, 27. Juli

In den Artikeln von Gayda im „Giornale d'Italia“, von Jorges in der „Tribuna“ und von Casini, dem Direktor des „Lavoro Fascista“ findet sich am Freitagabend der Beginn einer etwas ruhigeren Sprache und ruhigen Betrachtung der Dinge. Gayda erklärt, daß die Ernennung von Papen's zum Sondergesandten trotz des demonstrativen Briefes des Reichskanzlers Hitler in Italien nachdenklich mache. Diese Ernennung sehe so aus, als solle in der deutschen Gesandtschaft zu Wien ein hoher Kommissar eingesetzt werden. Der Verfasser des Artikels führt gerade diesen Gedanken mit unmöglichen Unterstellungen und Vergleichen besonders liebevoll aus und beweist damit nicht nur, wie geschickt und richtig er diese Maßnahme vom deutschen Standpunkt aus anerkennen muß, sondern auch, wie unangenehm es ihm zu sein scheint, wenn eine Entspannung zwischen dem Reich und Österreich im Interesse des deutschen Volkes diesseits und jenseits der Reichsgrenze angebahnt wird.

Paris, 27. Juli

Die Ernennung von Papen's zum Sondergesandten des Reiches in Wien hat offenbar die Pariser Presse bis zur ohnmächtigen Wut aufgeregelt. Die gesamte Abendpresse bezeichnet diese Ernennung als einen Schachzug, durch den sich die Weltöffentlichkeit nicht täuschen lassen werde; trotzdem klingt gerade durch die gehässigsten Kommentare der Respekt vor dieser Maßnahme des Führers durch.

London, 27. Juli

Die durch den Reichskanzler erfolgte Ernennung Herrn von Papen's zum Gesandten in Wien erregt überall das größte Aufsehen und wird allgemein als Verdöhnungsschritt des Reichskanzlers gegenüber Österreich gewertet.